

Autorin: Eva Maltschnig
eva.maltschnig@reflex.at
+43 676 5366031

Policy Paper für Momentum-Kongress 2012 - Demokratie

Politische Parteien, Zivilgesellschaft und direkte Demokratie

Inhalt

Kein Ende der Parteien-Geschichte.....	3
Leistungsunterschiede.....	6
Wem hilft die direkte Demokratie?.....	7
Parteien und die direkte Demokratie.....	10
Polarisierung als Chance.....	12
Zivilgesellschaft und Parteien: Voneinander profitieren	13

Die Debatte um direktdemokratische Ergänzungen zur verstaubten repräsentativen Demokratie gewinnt wieder an Fahrt. Von Heinz Christian Strache bis Eva Glawischnig überspannt sie in Österreich derzeit alle politischen Lager. Mehr direkte Mitbestimmungsrechte sollen den BürgerInnen endlich wieder jene Identifikation mit dem Staat bieten, die in einem halben Jahrhundert Parteienherrschaft abhandengekommen ist. Die ganze Gesellschaft muss in die Politik integriert werden, um den klientelistischen Machtspielchen zwischen Parlament und Regierung ein Schnippchen zu schlagen und die Entfremdung weiter Bevölkerungsteile von der Politik Einhalt zu gebieten, so die Grundidee. Jene politischen Beteiligungsformen, die sich beginnend mit den 68ern außerhalb der Parteien entwickelten, sollen damit den realpolitischen Einfluss bekommen, der ihnen im Parteienstaat verwehrt bleibt. Die NGOs, die Nachbarschaftsgruppen, die Themeninitiativen, die Communities, die engagierten BürgerInnen wollen nach vorne. Meist unter dem Titel „Zivilgesellschaft“ subsummiert, sind sie Symbol für die „gute“ Politik, der es nicht um die Selbstprofilierung oder den Machterhalt, sondern tatsächlich um die Sache geht. Und zweifelsohne ist die politische Arbeit, die hier passiert, unverzichtbar. Hier setzten sich Organisationen für Themen ein, die Parteien zu klein, unwichtig oder heikel sind. Hier werden über parteipolitische Grenzen hinweg Allianzen geschmiedet, hier bilden sich Leute weiter, hier werden Menschen politisiert – schneller und erfolgreicher als in politischen Parteien. Die sind in der Zivilgesellschafts-Debatte so etwas wie die schwerhörige Großtante: sie erzählt gern von früher, versteht nicht so recht, worüber sich die Runde unterhält und kann manchen Themen überhaupt nicht mehr folgen.

Kein Ende der Parteien-Geschichte

Wieder einmal wird die Individualisierungsthese bedient, um das Auseinanderklaffen von Zivilgesellschaft und Parteien zu erklären. Die Individualisierung der Gesellschaft begünstige kleinteiliges und differenziertes politisches Engagement, aber keine großen Zusammenschlüsse mit allgemeinem Vertretungsanspruch, wie es (Volks)Parteien sind. Die „neuen sozialen Bewegungen“ eröffneten interessierten Bürgern und Bürgerinnen alternative Möglichkeiten für politisches Engagement, das genau auf ihre individuellen Bedürfnisse und Wünsche abgestimmt ist. Das läutete zunächst aber nicht das Ende der Parteien, sondern das Entstehen einer neuen Partei ein: Historisch profitierten davon nämlich die Grünen, fällt ihre Gründungsphase doch mit dem Erstarken genau dieser sozialen Bewegungen zusammen. Eigentlich waren sie in ihrer ursprünglichen Gestalt das Sprachrohr all jener neuen bürgerlich-ökologischen und links-alternativen Gruppen, die sich in den anderen Parteien nicht repräsentiert sahen. Auch wenn sich die Grünen zunächst als Opposition zum herrschenden Parteiensystem formierten, entschieden sie sich durch den Antritt bei Wahlen, es im repräsentativen System der Parteienpolitik zu versuchen. Die Beschreibung der deutschen Grünen

Petra Kelly, „Das Parlament ist kein Ziel, sondern Teil einer Strategie. Wir sind die Antipartei-Partei.“¹, war retrospektiv betrachtet eher rhetorische Geste denn einlösbares Programm. Damit umzugehen war nicht einfach, der Konflikt zwischen „Fundis“ und „Realos“ ist eine Ausdrucksform des Problems. Aus dieser Erfahrung heraus würde etwa Freda Meissner-Blau, eine der österreichischen Gründungs-Grünen, den Piraten den Weg in die Parlamente nicht anraten. In der Gründungsphase der Grünen habe man argumentiert, „die Partei werde das Standbein und die Bewegung bleibe das Spielbein. Das hat sich aber nicht bewahrheitet.“, denn „die Grätsche zur Partei als Standbein wurde zu groß. Das ist nicht ein Versagen der Grünen, es ist dem System immanent.“², so Meissner-Blau. Vom Ideal der Deckungsgleichheit mit „der Bewegung“ hat sich die Grüne Partei verabschiedet, das Selbstverständnis hat sich gewandelt: „Von einer Alternative zum Parteiensystem wurden wir zur Alternative im Parteiensystem.“, schieb Alexander Van der Bellen im Vorwort zum Grundsatzprogramm der österreichischen Grünen. Und durch die Entwicklung von der Anti-Partei zur Partei gelang es Helge Heidemeyer zufolge, eine wichtige Repräsentationslücke zu schließen: „Sie [die deutschen Grünen, Anm.] haben die große Gruppe derjenigen, die um 1980 das politische System der Bundesrepublik ablehnten, mit ihm und seinen Institutionen versöhnt und somit zur Stabilität des politischen Gemeinwesens beigetragen.“³ – eine beeindruckende Leistung. Die historisch starke Verbundenheit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen macht sich auch heute noch bei den Grünen bemerkbar, doch sie haben sich als Partei emanzipiert. Ihre Etablierung ist Gegenbeispiel für die These des Endes der Parteien in der politischen Arena, denn selbst zu Hochkonjunktur-Phasen des Bürgerprotestes können sie politischen Aktivismus kanalisieren.

Es ist keine ausgemachte Sache, dass unsere Gesellschaft den einen oder anderen Weg der politischen Partizipation bevorzugt. Und Gesellschaftstheorien, die lineare Entwicklungen zeichnen, sollte man grundsätzlich mit Vorsicht genießen. Dazu gehören auch jene, die Parteien keinen Platz mehr in der (post)modernen Politik geben und die Zivilgesellschaft an ihrer Stelle sehen. In Zeiten der Individualisierung könnten Parteien keine umfassenden Vertretungsansprüche mehr durchsetzen, sie seien Anachronismen einer Zeit, in der die soziale Zusammensetzung noch viel gleichförmiger war und das Kollektiv einen höheren Stellenwert hatte. Wenn es aber die Gesellschaftsstruktur ist, die über Erfolg- und Misserfolg politischer Organisationsformen entscheidet, dann haben auch die früher erfolgreichen Großparteien eigentlich nichts für ihren Siegeszug gekonnt. Damals, so das Argument, wählten Menschen jene Partei, die für ihre eigene soziale Situation das beste Angebot machte – die Stärke von Parteien war damit nicht Ausdruck von Mobilisierungsfähigkeit und politischer Zugkraft,

¹ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-14341522.html>

² <http://www.profil.at/articles/1214/560/324049/freda-meissner-blau-dachte-stein>

³ Helge Heidemeyer, „(Grüne) Bewegung im Parlament. Der Einzug der Grünen in den deutschen Bundestag und die Veränderungen in Partei und Parlament“, *Historische Zeitschrift*, 291 (2010): 71-102, hier: 102

sondern ein Abbild der Lebensbedingungen. Weil sich Lebenslagen ausdifferenzieren, würden bestimmte Parteien nun schlichtweg ihre Klientel verlieren. So argumentierte zum Beispiel der deutsche Soziologe Ulrich Beck: „Die Stabilität der Parteien beruhte u.a. auf ihrer Zuordnung zu [...] sozial-moralischen Milieus [...]. Unter diesen Bedingungen war es möglich, wie es so schön heißt, einen Besenstiel mit einem Hut aufzustellen, und er wurde gewählt. Anders gesagt: Die Großparteien mußten den Konsens nicht schaffen, sie konnten ihn abrufen [...].“⁴ Spinnt man diesen Gedanken weiter, könnten Parteien ja auch nichts gegen ihren Untergang tun: In einer modernen Welt sei durch rasante Individualisierung kein Platz mehr für umfassende Gesellschaftsentwürfe, geschweige denn für die Repräsentation sozialer Gruppen. Dass sie derartig marode sind, dafür können Parteien nichts. Große Institutionen wie Parteien sind aber gesellschaftlichen Entwicklungen nie nur ausgeliefert, sondern formen sie mit. Sie gestalten Politik, mobilisieren WählerInnen, entwickeln sich weiter und haben damit mehr oder weniger Erfolg. Klar – gesellschaftliche Entwicklungen haben Einfluss auf Parteien. Aber das ist eine Wechselwirkung und keine eindimensionale Kausalität, denn mit ihrer Position in der Politik und im Leben der Menschen verändern auch Parteien Gesellschaften. Sie definieren die Rahmenbedingungen für das Zusammenleben, die Familienrechtsreform in der Ära Kreisky in Österreich ist ein deutliches Beispiel dafür. Eine Reihe von Verbesserungen zur rechtlichen Gleichberechtigung von Eheleuten und ausgebauten Kinderrechten wurden ab den 1970ern umgesetzt, das frauendiskriminierende Familienrecht sukzessive in ein gleichstellungsförderndes umgebaut.⁵ Die zweite Frauenbewegung wurde in Österreich wesentlich von Sozialistinnen mitgestaltet, und daher war es die SPÖ in der Alleinregierung unter Kreisky, die gegen heftigen Widerstand der Bevölkerung (und auch in der eigenen Partei) frauenpolitische Meilensteine durchsetzte.⁶ Die Einführung der Fristenregelung zur Straffreistellung des Schwangerschaftsabbruchs wurde von der mit absoluter Mehrheit regierenden SPÖ trotz eines Einspruchs des Bundesrates und des Volksbegehrens „Schutz des menschlichen Lebens“ (das mit knapp 900.000 Unterschriften damals das erfolgreichste Volksbegehren in Österreich wurde) durchgesetzt. Ihrem Wahlergebnis schadete das nicht, bei den Wahlen im Oktober 1975 konnte die SPÖ einige Monate nachdem das

⁴ Ulrich Beck, *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1993), 220.

⁵ Siehe zum Beispiel Ursula Floßmann, *Österreichische Privatrechtsgeschichte* (Springer: Wien, 2008), 62.

⁶ Oliver Rathkolb zitiert etwa eine Autoritarismus-Umfrage aus 1978, in der noch 51 Prozent der Befragten in der „natürlichen Rolle als Hausfrau und Mutter die wirkliche Erfüllung der Frau“ sahen und 67 Prozent der Befragten sich für eine strengere Bestrafung von Transvestiten und der Unzucht an Jugendlichen aussprachen. Rathkolb konstatiert: „Diese Bestandsaufnahme – ein Jahr später, 1979, sollte Bruno Kreisky seinen größten Wahlerfolg feiern – widerspricht dem SPÖ-Regierungsprogramm in Theorie und Praxis.“ – obwohl das gesellschaftspolitische Programm der SPÖ Alleinregierung deutlich progressiver war, als es dieser Umfrage zufolge die öffentliche Meinung erlaubte, konnten Wahlerfolge erzielt werden, laut Rathkolb war für das autoritäre Publikum die „Sicherheitspackung Wohlfahrtsstaat“ ein wichtigerer Wahlgrund, als das gesellschaftspolitische Programm abschreckend gewirkt hätte. Siehe: Oliver Rathkolb, *Die Paradoxe Republik* (Wien: Zsolnay, 2005), 71f

Gesetz in Kraft getreten war, ihre absolute Mehrheit noch geringfügig um 0,4 Prozentpunkte auf 50,4 Prozent ausbauen, 1979 folgte mit 51 Prozent das beste Wahlergebnis in der Geschichte der SPÖ.⁷ Gestaltung funktioniert also in beide Richtungen: Auch Parteien formen Gesellschaften! Parteien allein als Ausgelieferte historischer Verschiebungen zu sehen und ihnen damit die Verantwortung an ihrem Untergang abzusprechen, ist ein fatalistisches und eindimensionales Bild.

Leistungsunterschiede

Das ist für Parteien ja eine gute Nachricht: Wenn sie selbst an ihren Unzulänglichkeiten mit schuld sind, können sie an ihnen arbeiten. Dass die pluralistische Zivilgesellschaft mit ihren vielfältigen Erscheinungsformen die traditionellen Parteien im Schwung der Individualisierung ablöst, ist jedenfalls keine ausgemachte Sache, und auch gar kein erstrebenswertes Ziel. Denn zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Parteien gibt es strukturelle Unterschiede, die ihre Leistungsfähigkeit ausmachen. Während NGOs oder Bürgerinitiativen ein Thema oder ein Themenbündel bearbeiten, müssen Parteien alle politische Probleme in ihren Werteapparat integrieren. Sie brauchen ein Vollprogramm, es reicht nicht, wenn sie Expertinnen in einem Politikfeld sind. In bestimmten Themenbereichen stehen NGOs viel direkter mit Betroffenen in Kontakt und können so Bedürfnisse nach politischer Gestaltung in die Politik tragen und als Kontrollinstanzen zur Umsetzung wirken. Aber Parteien sind im Gegensatz zu zivilgesellschaftlichen Organisationen wählbar, müssen die Gesellschaft repräsentieren und sich ihr gegenüber rechtfertigen. Darum muss es auch die Verantwortung der Parteien sein, über das wann und wie politischer Änderungen zu entscheiden. Das Heft den NGOs und co. in die Hand zu geben, würde die politische Entfremdung vieler Bevölkerungsteile nicht auflösen, sondern teilweise verstärken – die große inhaltliche Klammer würde fehlen, die Politik ein Stück weit beliebig. Denn die „Zivilgesellschaft“ ist vor allem eines: heterogen! Da protestierten Menschen gegen islamische Religionszentren, andere gegen Abschiebungen, während eine Gruppe gegen Gentrifizierungsprozesse Sturm läuft, fordert die andere einen Stopp des sozialen Wohnbaus in ihrem Viertel, weil sonst ja weiß Gott wer herziehen könnte. Besonders bei Debatten um unbeliebte Bau- oder Infrastrukturprojekte, wie etwa einem Handymast, einer Müllverbrennungsanlage oder einem neuen, großen Wohnbauprojekt laufen Anrainer regelmäßig Sturm. Dabei geht es kaum um eine grundsätzliche Ablehnung von Mobilfunknetzen, Müllverbrennung oder Wohnungsneubau, bloß soll es die eigene Lebensqualität nicht stören. „Baut es woanders!“, lautet die Botschaft. Dass bestimmte Einrichtungen aber notwendig sind, um Bedürfnisse der Gemeinschaft zu stillen, wird argumentativ außen vor gelassen. Wenn sich in solchen Fragen jene durchsetzen, die am lautesten schreien, ist das weder gerecht noch demokratisch.

⁷ http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/nationalrat/NRW_1975.aspx

Besonders bei Entscheidungen dieser Art können Parteien ihre Stärke nützen: Weil sie in ihrer breiten Struktur auf vielen Ebenen zur Wahl stehen, können sie Partikularinteressen hintanstellen. Sich nur auf eine kleine Interessensgruppe zu fokussieren reicht eben nicht aus, um Wahlen zu gewinnen. Die Ausnahmen aus diese Regel findet sich häufig auf kommunalpolitischer Ebene: Eine Vielzahl an Bürgerlisten bestimmt Gemeindepolitik mit. Diese haben sich meist aus einem konkreten Sachthema heraus formiert und dafür „Auftragsmandate“ bekommen. Größere Bauprojekte sind oft Auslöser für die Formierung von Listen (für oder gegen einen Neu- oder Umbau von Krankenhäusern, Kindergärten, sozialen Wohnbau, Umfahrungstunnel...), hin und wieder sind sie auch schlichtweg Abspaltungen der lokalen Parteien. Ob sich hier nur im bestehenden Lokalparteienspektrum etwas verschoben hat oder sich Themeninitiativen in organisierter Form direkt in die Politik einbringen, macht einen Unterschied. Ersteres verändert nicht die Form der Politik, sondern ergänzt die politische Landschaft und erweitert die Auswahl für die lokalen WählerInnen. Diese Abspaltungs-Parteien unterscheiden sich in ihrer Arbeitsweise nicht grundlegend von anderen Ortsparteien, meistens ändern sich auch die handelnden Personen nicht. Eine zur Partei gewordene Bürgerinitiative führt aber im Regelfall zu Problemen, vor allem, wenn diese Mandate mehrheitsbeschaffend sind. Es ist zwar zum Wahlzeitpunkt klar, für welches Sachthema sich die MandatarInnen einer Bürgerinitiative stark machen werden. Welche Position sie zu allen anderen Fragen der breiten Palette der Kommunalpolitik beziehen, bleibt meistens offen: Was machen sie, wenn der Kindergarten gebaut und der Umfahrungstunnel verhindert ist? Erratische Entscheidungen, die langfristige Planung deutlich erschweren und eine Zerklüftung der politischen Landschaft können die Folge davon sein. Themeninitiativen in Vertretungskörper zu wählen, ist nicht der Königsweg, um Anliegen der Bevölkerung in die Politik zu tragen. Funktionierende Mechanismen der inhaltlichen Beteiligung müssen zu einer besseren Alternative gemacht werden – besonders bei lokalen Infrastrukturprojekten zahlen sich transparente Arbeit und klar definierte Mitspracherechte der lokalen Bevölkerung aus. Weitsichtige und gut verankerte Lokalparteien bilden die zweite Seite der Medaille, um in der politischen Repräsentation einen Ausgleich zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl zu finden.

Wem hilft die direkte Demokratie?

Laut vorgetragene Partikularinteressen steigern die Demokratiequalität nicht unbedingt, das gilt auch für die höheren Gesetzgebungs-Ebenen. Darum ist der Umbau von der repräsentativen zur direkten Demokratie kein Heilsbringer gegen die Politikverdrossenheit, sondern birgt einige Gefahren, die das Problem weiter verschärfen könnten. Jene, die von der Politik die Schnauze voll haben, typischerweise schlecht ausgebildet sind oder soziale Abstiegsängste haben, beteiligen sich an solchen

Instrumenten nämlich selten – noch seltener, als sie an Wahlen teilnehmen.⁸ Es gelingt nur im Ausnahmefall, „schwache Interessen“, also die von „Fremden“ und Armen in direkt-demokratische Prozesse gleichberechtigt einzubinden. Die Möglichkeit zur Partizipation ergreifen hoch Gebildete viel öfter, deshalb müssten Ausgleichsmechanismen eingezogen werden: Quoten, Bürgerbeiräte, die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, oder die aktive Einbeziehung von Lobbygruppen sich die für schwache Interessen einsetzen, könnten hier Abhilfe schaffen.⁹ Ohne Begleitmaßnahmen ist aber die Gefahr, dass „sich unter dem Deckmantel von partizipativen Innovationen ressourcen- und organisationsstarke Gruppen durchsetzen und damit soziale und politische Ungleichheit verschärft [...] nicht von der Hand zu weisen.“¹⁰

Verschiedenste Beispiele aus der Praxis belegen diese Bedenken. Mit der letzten Reform des Lissabon-Vertrages wurde etwa die Möglichkeit geschaffen, mittels einer Europäischen Bürgerinitiative die EU-Kommission aufzufordern, gesetzgebend tätig zu werden. Wer eine Million Unterschriften für sein Anliegen sammelt, hat nun die Möglichkeit, in die europäische Politik einzugreifen. Eine der laufenden Initiativen firmiert unter dem Titel „EU-Richtlinie für den Schutz von Milchkühen“, finanziert wird sie von den NGOs „Compassion in World Farming“ und „World Society for the Protection of Animals“, sowie der hippesten Eismarke der letzten Jahre – Ben&Jerry’s. Die Kampagnen-Website¹¹ verwendet das Corporate Design des Unternehmens. Der Verdacht, dass es sich hier um eine Marketing-Aktion eines schlaun Eisproduzenten, und nicht um ein Anliegen der europäischen Bevölkerung handelt, drängt sich auf. Nun ist die Gefahr der Übernahme der Politik durch die Eiskremlobby in nächster Zeit nicht zu befürchten, dieser Fall verdeutlicht aber eines: Bei finanziellen und organisatorischen Ressourcen, die unbedingt nötig sind, um eine europaweite

⁸ Siehe etwa Florian Walter, Sieglinde Rosenberger, „Skilled Voices? Reflections on Political Participation and Education in Austria“, OECD Education Working Paper, Paris, 2007. Walter und Rosenberger analysieren einen Partizipations-Datensatz von 2002, der unter anderem aussagt, dass insgesamt 27,3 Prozent der österreichischen Bevölkerung schon einmal eine Petition unterschrieben hat. Die Partizipation ist aber ungleich verteilt, denn während das nur auf 19,7 Prozent der Personen mit Pflichtschulabschluss zutrifft, haben 44 Prozent der Personen mit Hochschulabschluss schon einmal von diesem Instrument Gebrauch gemacht. Sie unterscheiden in ihrer Untersuchung elitegesteuerte Partizipationsformen (Parteimitgliedschaft, Gewerkschaftliche Organisation, Spenden, Kontaktaufnahme mit Politiken und Politikerinnen) und Partizipationsformen, die Eliten herausfordern (Petitionen, Demonstrationen, ethischer Konsum, illegaler Protest), und kommen zu folgendem Schluss: „ [I]t becomes clear that the correlation between education and political participation is much higher in elite-challenging than elite-directed participation.“ („Skilled Voices“, 19.) Ähnliches stellt Armin Schäfer für Deutschland fest – Wahlen sind sozial am geringsten verzerrt, während bei anderen Formen politischer Partizipation die höher gebildeten deutlich häufiger teilnehmen. Siehe Armin Schäfer, „Kompensiert bürgerliches Engagement den Rückgang der Wahlbeteiligung?“, in BBE-Newsletter 4/2010.

⁹ „Beispielsweise verhindert nur eine Teilnehmerrekrutierung nach dem Zufallsprinzip oder nach Maßgaben sozialer Repräsentativität den beschriebenen Bias“, erklärt Brigitte Geißel. Brigitte Geißel, „Partizipative Innovationen auf lokaler Ebene – Chance oder Gefahr für die politische Repräsentation von Armen und Fremden?“, in *Krise und Reform politischer Repräsentation*, 195-216, hier: 213f.

¹⁰ Ibid., 213

¹¹ www.happy cows.at

Kampagne zu tragen, sind Unternehmen und finanzstarke Lobbygruppen deutlich im Vorteil. Wer zahlt, schafft an – marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind das sicher nicht.

Verschiebt man also Gesetzgebungs- und Gesetzesinitiativkompetenzen an den „freien Markt“ der Demokratie, steigert das nicht die Qualität der Demokratie, sondern hilft starken Einzelinteressen. Je höher die Ebene ist, für die entschieden wird, desto eher trifft das zu – transnationale Kampagnen sind einfach teurer und aufwändiger, als eine Thema für eine lokale Bürgerbefragung aufzubereiten. Und „class matters“: Wer Macht und Geld hat, tut sich überall leichter, auch in der direkten Demokratie. Die Stadt Hamburg, die in vielerlei Hinsicht als Vorzeigebispiel für gelungene Bürgerbeteiligung gilt, exerzierte den Einfluss sozialer Klassen auf politische Entscheidungen in einem direkt-demokratischen Prozess vor. In einem Volksentscheid wurde 2010 über eine von der Schwarz-Grünen Stadtregierung vorgeschlagene Schulreform abgestimmt – künftig sollten alle Kinder die ersten sechs Schulstufen in einer gemeinsamen Schule erleben, und nicht nach vier Jahren in unterschiedliche Schultypen getrennt werden. Mittels Volksbegehren erwirkte die Bevölkerung Hamburgs einen Volksentscheid über diesen Teil der Reform. Der ging bei einer Beteiligung von 39 Prozent mit 56 Prozent Gegenstimmen negativ aus. Angehörige sozial schwacher Schichten, deren Kinder tendenziell von der Reform profitiert hätten, gaben ihre Stimmen deutlich seltener ab als Angehörige des Bürgertums.¹² Die Elterninitiative, die gegen die Reform kampagnisierte, fürchtete, „die Kinder würden auf dem Gymnasium nicht mehr genug lernen und später an der Universität gegenüber Kindern aus anderen Ländern im Nachteil sein. Aus ihrer Sicht würden dadurch leistungsstarke Schüler behindert und schwächere Schüler benachteiligt“¹³. Schon die selbstverständliche Eingliederung der Hochschule in der Bildungsbiografie der Schüler und Schülerinnen zeigt, dass hier das Bildungsbürgertum seine Anliegen formulierte und am Ende seine Interessen schützen konnte.

Aber nicht nur die klassenspezifisch geprägte Beteiligung, auch die Themenwahl bei direkt-demokratischen Entscheidungen kann für benachteiligte Gruppen Probleme bereiten. Der Politikwissenschaftler Adrian Vatter kam für die Schweiz zu dem Schluss, dass direkt-demokratische Entscheidungen eher negative Effekte auf Minderheiten haben, wenn deren Rechte ausgebaut werden sollen.¹⁴ Außerdem ist Minderheit nicht gleich Minderheit: Muslime und Musliminnen sowie Ausländer und Ausländerinnen haben mit ihrer Interessensdurchsetzung in direkten Demokratien

¹² Dirk Jörke, „Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie“, *APUZ* (2011) no. 1-2: 13-18, hier 16.

¹³ Spiegel Online, 18. 07. 2010 <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/volksentscheid-hamburger-schmettern-schulreform-ab-a-707179.html>

¹⁴ Adrian Vatter, „Mehrheitstyranei durch Volksentscheide? Zum Spannungsverhältnis zwischen direkter Demokratie und Minderheitenschutz“, *Politische Vierteljahresschrift* 51 (2010): 205-222, hier 211.

größere Probleme als etwa sprachliche Minderheiten.¹⁵ Frauen sind zwar keine gesellschaftliche Minderheit, die Durchsetzung ihrer Interessen ist auf direkt-demokratischem Weg aber ähnlich schwierig. Bekanntestes Beispiel dafür ist die späte Einführung des Frauenwahlrechts in der Schweiz. Erst 1971 waren Schweizerinnen bei nationalen Wahlen stimmberechtigt, im Kanton Appenzell Innerrhoden wurde ihnen die politische Stimme bis 1990 verweigert, und das allgemeine Wahlrecht auch dann nur per Bundesgerichtsentscheid durgesetzt – das männliche Stimmvolk hätte den Frauen weiterhin kein Wahlrecht zugesprochen. Ähnlich frauenfeindlich ist die Entwicklung des Abtreibungsrechts in Irland. 1983 wurde das seit 1861 bestehende Abtreibungsverbot in Folge katholisch-konservativer Bemühungen in Verfassungsrang gehoben, jede Änderung der irischen Verfassung kann nur mittels Volksabstimmung durchgesetzt werden. Während die Ehescheidung 1995 auf diesem Weg legalisiert wurde, ist in Irland nach wie vor in etwa das gleiche Abtreibungsverbot in Kraft wie vor 100 Jahren.¹⁶

Gesellschaftlich schwächere Gruppen stehen mit beiden Beinen auf der direkt-demokratischen VerliererInnenseite – sie bringen sich seltener ein und werden, vor allem wenn sie unbeliebt sind und aus ihrer Benachteiligung populistischer Stimmengewinn lockt, schlechter gestellt.

Parteien und die direkte Demokratie

Das System Schweiz lohnt allerdings eine genauere Betrachtung. Trotz stark ausgeprägten direkt-demokratischen Elementen spielen auch Parteien im dortigen politischen System eine wichtige Rolle. Sie sind anders ausgestaltet und weniger stark institutionell verankert als in repräsentativen Demokratien, aber obsolet werden sie trotz regelmäßiger Bürgerbeteiligung nicht – fast im Gegenteil, denn: „Durch die direkte Demokratie kommen sie gar besonders viel und häufig zum Einsatz, sind quasi dauermobilisiert.“¹⁷ Das politische System in der Schweiz ist vom permanenten Interessenausgleich geprägt, Konkordanzdemokratie das übergeordnete Schlagwort. Politische Auseinandersetzungen werden einerseits permanent, andererseits gar nicht in die politische Struktur aufgenommen. Wahlkämpfe auf Bundesebene sind für Parteien nicht so wichtig wie in kompetitiven Demokratien, denn die Regierungszusammensetzung steht mehr oder weniger von vorne herein fest: Der Bundesrat wird seit Jahrzehnten nach dem Proporzprinzip besetzt: Alle größeren Parteien dürfen mitmachen, eine Opposition gibt es de facto nicht. Auch Regierungsoberhäupter mit Richtlinienkompetenz sieht das Schweizer Modell nicht vor, das Amt des Bundespräsidenten/der

¹⁵ Ibid., 215, sowie Anna Christmann, *In welche politische Richtung wirkt die direkte Demokratie? Rechte Ängste und linke Hoffnungen in Deutschland im Vergleich zur direktdemokratischen Schweiz* (Baden-Baden: Nomos 2009), 69.

¹⁶ Anne Christmann, *In welche politische Richtung wirkt die direkte Demokratie?*, 91.

¹⁷ Franz Walter, „Cupli-Genossen. Sozialdemokratie in der Schweiz“, in *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand.*, Felix Butzlaff, Matthias Micus und Franz Walter (Hrsg.), 49-64, hier: 51.

Bundespräsidentin rotiert traditioneller Weise unter den Mitgliedern des Bundesrates. Diese ausgeklügelte Machtteilung in der Regierung ergänzen starke Mitbestimmungsmöglichkeiten des Volkes. Über Initiativen (Volksgesetzgebung) und Referenden (Veto gegen Gesetze der Regierung) kann die Schweizer Bevölkerung Politik direkt mitbestimmen. Allerdings sind hier auch die Parteien relevante Faktoren im Entscheidungsprozess – sie geben Abstimmungsparolen aus, ihre Mitglieder und SympathisantInnen versuchen dann, die Bevölkerung für ein bestimmtes Abstimmungsverhalten zu überzeugen. Aus diesem Geist sind die Schweizer Parteien entstanden. Ihr historischer Ursprung liegt in Bürgerbewegungen, und nicht, wie in anderen Staaten, in Parlamentsfraktionen oder Wahlkomitees. Die direkt-demokratische Mitbestimmung war also ein wichtiger Faktor in der Konstituierung der Parteien.¹⁸ Mit Mitgliederschwund, Überalterung und schwindender gesellschaftlicher Integrationskraft haben Parteien auch in der Schweiz zu kämpfen, doch die direkte Demokratie schafft sie nicht systematisch ab. Sie vermitteln weiterhin Inhalte, und repräsentieren die Bevölkerung in der täglichen politischen Arbeit. Zentrum ihrer Arbeit sind aber nicht Wahlkämpfe, sondern die regelmäßigen Plebiszite, über die sie sich profilieren und Erfolge messen.

Der Politologe Frank Decker unterstellt direkt-demokratischen Instrumenten in parlamentarischen Demokratien daher auch konsensfördernde Wirkung. Mehr plebiszitäre Rechte führen ihm zufolge nicht zu Polarisierung, sondern zu Stabilisierung des politischen Spektrums. Denn Regierungen müssten mögliche Initiativen der Bevölkerung oder der Opposition antizipieren und von vorne herein in ihre Regierungsprogramme aufnehmen. So kommentiert er die sehr stabile, gar starre Konkordanzdemokratie in der Schweiz wie folgt: „Die lebhaft praktizierte Abstimmungsdemokratie und das nahezu vollständige Fehlen von Parteienkonkurrenz sind hier Seiten derselben Medaille.“¹⁹ Auch die Schweizer Abgeordnete finden, dass direkte Demokratie stabilisiert: 72 Prozent der Nationalräte und Nationalrätinnen stimmten der Aussage „Direkte Demokratie führt zu mehr Stabilität“ zu.²⁰ Während zwar in der Schweiz Initiativen, die volksgesetzgebend wirken sollen, oft von links-liberalen Parteien und Interessensgruppen initiiert werden, haben diese eine weit geringere Erfolgsquote als Referenden, die Veränderungen verhindern. Stabilität ist aber politisch nicht neutral: Die Konservierung des Status Quo hilft konservativen Parteien, denn sie sind tendenziell weniger an Veränderung interessiert als andere. „[Es] lässt sich sagen, dass Staaten mit direkter Demokratie eine rechtskonservativere Politik machen, als sie sie ohne direktdemokratische Elemente hervorbringen

¹⁸ Vgl. Andreas Ladner „Das Schweizer Parteiensystem in Bewegung“, 4.

http://www.socio.ch/par/ladner/lad_02.pdf

¹⁹ Frank Decker, „Direkte Demokratie versus parlamentarisches Repräsentativsystem. Was sagen uns die Erfahrungen aus den Ländern?“, in *Krise und Reform politischer Repräsentation*, 217-237, hier: 230.

²⁰ Siehe Anna Christmann, *In welche politische Richtung wirkt die direkte Demokratie? Rechte Ängste und linke Hoffnungen in Deutschland im Vergleich zur direktdemokratischen Praxis in der Schweiz* (Baden-Baden: Nomos, 2009): 46.

würden“,²¹ folgert die Politikwissenschaftlerin Anne Christmann. Die fast schon fetischartige Verehrung direktdemokratischer Instrumente seitens progressiver gesellschaftlicher Gruppen und Parteien sollte vor diesem Hintergrund zumindest noch einmal reflektiert werden. Eine „bessere Welt“ entsteht durch direkte Demokratie nicht zwangsläufig, eher bleibt sie, wie sie ist. Programme zur gesellschaftlichen Gestaltung, wie die oben beschriebene sozialdemokratische Frauenpolitik der 1970er, hätten mit direktdemokratischen Instrumenten wenig Chance auf Umsetzung gehabt.

Polarisierung als Chance

Die Rolle, die Parteien selbst in der Abschwächung von Politikverdrossenheit spielen können, wird meistens unterschätzt. Sie dürfen diese Aufgabe nicht einfach auf plebiszitäre Instrumente abwälzen, sondern müssen selbst dafür gerade stehen. Das ist im Übrigen ist ein tolles Feature der Parteiendemokratie: Stellt sich eine Entscheidung als falsch heraus, kann eine Partei abgewählt und so zur Rechenschaft gezogen werden, sie muss sich immer für ihre Handlungen verantworten. Das eigene Wahlvolk abzuwählen oder auch nur für ein Volksbegehrens-Ergebnis „zur Rechenschaft zu ziehen“, ist im Gegensatz dazu nicht möglich.

Daher sind auch die Parteien gefragt, wenn es um die Suche nach Antworten auf die Politikverdrossenheit geht. Sie sind verantwortlich, sie müssen sich Lösungen überlegen: „Ein Grund der Entfremdung gegenüber der repräsentativen Demokratie lässt sich plausibel in den Schwierigkeiten der Bürger vermuten, ihre Perspektiven und Interessenlagen noch mit überzeugenden, in erster Linie durch die Parteien zu leistende, konfligierenden Interpretationen von Grundwerten und –prinzipien in Verbindung zu bringen.“²², so formuliert es Winfrid Thaa. Eine öffentliche Diskussion politischer Inhalte, die sich jenseits des tagespolitischen Skandals bewegt, ist für die Bevölkerung nötig, damit sie sich ein Bild der politischen Situation machen können. Gepflegt anhand von Grundwerten über aktuelle politische Herausforderungen zu streiten wäre ein guter Ausgangspunkt, um einen funktionierenden politischen Kompass herzustellen, an denen sich die Wähler und Wählerinnen orientieren können. Und das bedeutet gerade nicht, Politiker und Politikerinnen persönlich zu diffamieren oder aus jeder parteiinternen Debatte einen Nachfolgestreit oder Lagerkrieg zu machen, wie es weite Teile der österreichischen Medienöffentlichkeit so leidenschaftlich tun. Stattdessen wird die Energie gebraucht, um politische Entscheidungen in Zusammenhang mit dem jeweiligen Wertekonstrukt der Parteien zu bringen – sei es nun Gerechtigkeit, Leistungsprinzip oder Nachhaltigkeit. Dass Parteien hier erst mal wissen müssen, wo sie selbst hinwollen, ist klarer Weise Voraussetzung, damit sich Bürger und Bürgerinnen an ihnen orientieren können.

²¹ Ibid, 87.

²² Winfrid Thaa, „Die Krise politischer Repräsentation“, 144.

Und ein bisschen mehr an Polarisierung täte dem politischen Diskurs besonders im konsensverliebten Österreich gut. Sie trüge einer gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, doch während die „oben“ nicht auf funktionierende Repräsentation angewiesen sind, ist für die „unten“ keiner da – man trifft sich in der Mitte, die einzige Fundamentalopposition zum großkoalitionären Ausgleich ist die rechtspopulistische FPÖ, die sich als Gegenpol zur gesamten restlichen Parteienlandschaft positioniert. Die Machbarkeit im Koalitionsgefüge taugt nicht als Argument, um gesellschaftliche Entwürfe zu vermitteln. Ein pragmatisches „das kriegen wir nicht durch“ mag zwar ehrlich sein, zur Reorganisation der politischen Landkarte, zur Positionsschärfung und zur Verknüpfung von individuellen Interessen mit kollektiven politischen Agenden reicht es aber nicht.

Zivilgesellschaft und Parteien: Voneinander profitieren

Obwohl Parteien in der politischen Landschaft eine zentrale und verantwortungsvolle Rolle einnehmen, sind sie zum Glück nicht die einzigen Orte für Partizipation, Meinungsbildung oder Politikgestaltung. Zivilgesellschaftliches Engagement prägt die politische Sphäre maßgeblich, und darum auch ist in der Zusammenarbeit zwischen Parteien und Zivilgesellschaft viel zu gewinnen: Politische Entscheidungen können informierter fallen, Informationsflüsse besser laufen, politisches Engagement gefördert werden. Aber wie kann ein produktives Miteinander aussehen? Momentan scheitert die Zusammenarbeit an den immer gleichen Vorwürfen: Greift eine Partei das Thema einer zivilgesellschaftlichen Organisation auf, spricht diese schnell von Vereinnahmung. Spielen NGOs nicht nach den Regeln der Partei, ist der Vorwurf von fehlender Professionalität und Naivität schnell bei der Hand. Eine realistische Standortbestimmung kann den Anfang machen, um das Miteinander zu entkrampfen.

Für die Parteien muss klar sein: Es gibt politisches Handeln außerhalb ihrer Grenzen, das ist gut und wichtig, nicht bedrohlich und unsinnig. Für zivilgesellschaftliche Organisationen ist es notwendig anzuerkennen, dass die Parteien durch WählerInnen legitimiert sind, politische Entscheidungen zu treffen und dafür auch Verantwortung übernehmen müssen. Ausgehend davon kann man sich in seinen Anliegen gegenseitig unterstützen. Auf Partei-Seite ist Voraussetzung dafür die Offenheit für inhaltlichen Austausch, und die Einsicht, dass andere es auch mal besser wissen können. Das ist leichter als gesagt als getan – wohin würden sich NGOs mit einem Anliegen wenden? An lokale Parteistrukturen? Wenn es sie noch gibt, sind sie überaltet, treffen sich kaum und transferieren auch keine inhaltlichen Inputs an die höheren Ebenen. An die Parteispitzen? Die treffen ihre Entscheidungen als abgeschlossene Zirkel, in die nicht einmal mittelhohe ParteifunktionärInnen Einlass finden, von NGOs ganz zu schweigen.

Die Diskussion und Zirkulation inhaltlicher Themen ist in Parteien blockiert. Diesen Hemmschuh kann man aber ausziehen, manche Parteien haben dafür bereits Instrumentarien geschaffen: Die spanischen SozialdemokratInnen führen beispielsweise fünf offene Themenforen, in denen nicht nur Mitglieder, sondern auch SympathisantInnen Inhalte diskutieren. Die Ergebnisse wurden auch in der letzten Programmenerneuerung berücksichtigt.²³ Besonders für die Qualität der Positionsbestimmung kann für Parteien Einfluss von außen viel wert sein, und das wird teilweise schon praktiziert. Während WissenschaftlerInnen traditionell an Parteiprogrammen mitschreiben und institutionalisierte Interessensvertretungen ihre Anliegen gut unterbringen können, wird das anderen gesellschaftlichen Gruppen bislang verwehrt – auch hier täte es not, vor allem Beiträge von unten zu berücksichtigen. Angekommen ist dieses Bedürfnis in der Politik noch nicht ganz. Erst kürzlich signalisierte SPD-Chef Sigmar Gabriel Offenheit, als er den Philosophen Jürgen Habermas um einen Beitrag für das neue Grundsatzprogramm seiner Partei bat. Der kam gemeinsam mit dem Ökonomen Peter Bofinger und dem Philosophen Julian Nida-Rümelin dieser Bitte nach. Die drei Herren verfassten einen Essay, der im Feuilleton der *Frankfurter Allgemeine* veröffentlicht wurde.²⁴ Weder Sprache, noch Diskussionsort des Programmstücks sind barrierefrei – hier ist nichts leicht zu verstehen²⁵, gelesen hat es wohl hauptsächlich das Feuilleton-Publikum: Gebildet, wohlhabend und alt. Drei Männer – einer emeritierter Universitätsprofessor und Maß aller Dinge der noch lebenden deutschen Philosophen, einer Professor und „Wirtschaftsweiser“, der dritte unter Gerhard Schröder Kulturstaatsminister und ebenfalls Professor - empfehlen der SPD ein Programm zur Wirtschaftskrise. Ob man als Partei mit der Einbeziehung jener, die in der Debatte ohnehin ständig Gehör finden, tatsächlich den „closed shop“ Politik verlässt, wie es in der Beschreibung der FAZ zum „neuen Verfahren“ im Programmprozess heißt, ist mehr als fraglich.

Nichts desto trotz können auch zivilgesellschaftliche Initiativen ihre Zusammenarbeit mit Parteien adjustieren und die innerparteilichen Öffnungs-Trends nützen. Denn Parteien sind keine homogenen Blöcke, und einzelne Parteipolitiker und Parteipolitikerinnen können auch von außen durch Lobby-Gruppen unterstützt werden. Anders als landläufig vermittelt, finden sich in Parteien durchaus ÜberzeugungstäterInnen, professionelle und fleißige Abgeordnete oder progressive Geister. Oft stehen die zwar nicht in den ersten Reihen, aber auch „Hinterbänkler“ und mittlere FunktionärInnen können zu wertvollen Verbündeten werden. Besonders Abgeordnete sind manchmal ausgezeichnete Anknüpfungspunkte für die Diffusion politischer Inhalte: Ihre Aufgabenbeschreibung verpflichtet sie

²³ Felix Butzlaff, Benjamin Seifert, „Con el talante de Zapatero. Der spanische PSOE zwischen Parteireform und Regierungskrise“, in *Genossen in der Krise*, 190-205.

²⁴ <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/kurswechsel-fuer-europa-einspruch-gegen-die-fassadendemokratie-11842820.html>

²⁵ Der geneigten Leserin erwuchs der Eindruck, dass die Artikelschreiber Wörter erst ab mindestens sieben Silben, einem Ypsilon oder einem distinguierten Accent zuließen („inkrementalistische Behandlungsversuche“, „dynastisch oktroyiert“, „die finalité des Einigungsprozesses“).

zu einer gewissen Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Anliegen, schließlich sind sie die Personen, die mit der Repräsentation eines Wahlkreises beauftragt wurden. Sie können bis zu einem gewissen Grad auf Anliegen von außen reagieren. Zwar geht ihr Bewegungsspielraum im Normalfall nicht über die Parteiräson hinaus, aber sie können bisher wenig wahrgenommene Themen in ihren politischen und parlamentarischen Radar mit aufnehmen. Werden sie gezielt unterstützt, verschiebt das auch die Kräfteverhältnisse innerhalb von Parteiorganisationen. Als Funktionärin das „backing“ von verschiedenen NGOs und außerparteilichen politischen Gruppen zu haben, ist in Parteien nämlich eine wichtige Währung. Ist sie zwar keine innerparteiliche „Hausmacht“ im klassischen Sinn, kann die außerparteiliche Unterstützung dennoch die eigene Verhandlungsbasis in internen Diskussionen stärken und damit Themensetzungen beeinflussen. Über diesen Zugang könnten Inhalte aus der Zivilgesellschaft effektiver in die Parteien hineinwirken und schneller realpolitisch Gewicht erlangen als über den medialen Kampf mit Parteispitzen. Die Vorgangsweise um die Beschlussfassung von ACTA (ein Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie) im europäischen Parlament folgte dieser Strategie in vielen Bereichen. Unzählige E-Mails und Petitionen erreichten die Abgeordneten des EU-Parlaments, die kritische Öffentlichkeit wirkte so direkt in den Gesetzgebungsprozess ein. So resümierte Parlamentspräsident Martin Schulz „Die Debatte über ACTA hat den Beweis dafür geliefert, dass es eine europäische öffentliche Meinung gibt, die über die nationalen Landesgrenzen hinausgeht. In ganz Europa haben sich die Menschen bei Protesten und in Diskussionen engagiert“²⁶ - hier hat das Miteinander geklappt.

Neben innerparteilichen strukturellen Maßnahmen aus Parteienperspektive auch eine Neuinterpretation der Zivilgesellschaft die Zusammenarbeit erleichtern: Man muss nicht alle mögen, aber auf Bündnispartner aktiv zugehen! Neben den klassischen inhaltlichen Partnern lohnt es sich, den Blick zu erweitern: Manche NGOs agieren als Interessensvertretungen für gesellschaftliche Randgruppen, auf diese zuzugehen und damit einen vermittelten Kontakt mit jenen Personen herzustellen, die sich sonst nicht im politischen Prozess beteiligen, sollte für Parteien wichtiger werden. Durch engere Zusammenarbeit mit diesen Initiativen könnte man der momentanen Repräsentationslücke ein Stück weit beikommen.

Was von eher weniger Erfolg gekrönt sein dürfte als eine stützende Zusammenarbeit ist schlechte Imitation. Parteien versuchen seit einigen Jahren, sich der Gesellschaft durch neue Formen der Mitgliedschaft zu öffnen, um – wie NGOs – ein aktiveres und jüngeres Publikum anzusprechen. Mit den verschiedensten Arten der Schnupper-, Test- oder Gastmitgliedschaft soll den Bürgern und Bürgerinnen die Angst vor der Partei genommen werden. Wenig überraschend rennen den Parteien

²⁶ http://www.europarl.europa.eu/the-president/en-de/press/press_release_speeches/press_release/2012/2012-july/press_release-2012-july-3.html

die Neumitglieder trotzdem nicht die Türen ein. Hier wird am falschen Problem gearbeitet: Wer einmal ein Beitrittsformular zu einer Partei unterschreibt, tut das gerade heutzutage nicht aus Zufall, sondern weil sie oder er das bewusst entscheidet. Man möchte Farbe bekennen, sich deklarieren, eine Zugehörigkeit ausdrücken. Die Phase, wo es ums Beschnuppern und um die Meinungsbildung zur Partei geht, beginnt ja nicht mit dem Eintritt, sondern erreicht damit ja gewissermaßen einen Endpunkt. Das Partizipationsproblem beginnt lange vorher: Wenn Menschen bei Parteien mitreden möchten und nicht ernst genommen werden. Wenn ihre Meinung erst was zählt, wenn sie ein Parteibuch ihr Eigen nennen. Wenn sie erst dann mitbestimmen dürfen, sobald sie ein Formular unterschrieben haben. Eigentlich müsste für Parteien, gerade in Zeiten schwindender Mitgliederzahlen, gerade in Zeiten ihrer Basiserosion ja die ultimative Parole lauten, so viele Menschen wie möglich mit Parteiarbeit in Kontakt zu bringen. Dass Leute mal mitmachen können, um sich dann für oder gegen eine Mitgliedschaft zu entscheiden, ist ja eine aufgelegte Strategie. Aber einfach das klassische Mitgliedsformular nehmen, den Namen ändern, den Preis reduzieren aber sonst alles gleich lassen wird keine Trendwende einläuten. Zur Attraktivierung der Parteimitgliedschaft hilft es vielleicht, sich ganz betriebswirtschaftlich auf die „Unique Selling Position“, das Alleinstellungsmerkmal der Aktivität in Parteien zu konzentrieren. Im Gegenteil zur Bürgerinitiative geht es hier um eine politische Grundhaltung, eine Tradition, in die man sich als Mitglied stellen möchte, und um den direkten Zugang in die gestaltende Politik, und es sind gerade diese Besonderheiten, die politisches Engagement in Parteien nach wie vor reizvoll machen.

Und ganz grundsätzlich wird man sich überlegen müssen, welche Rolle Parteimitgliedern in Zukunft zuteilwerden soll. Der Mitgliederschwund der Massenparteien kann nämlich nicht ohne weiteres als Beleg für deren Ende gelten. Denn nur weil der Organisationsgrad von Parteien früher höher war, heißt das nicht, dass sich auch der Aktivitätsgrad entsprechend entwickelte. „Weil es halt so üblich war“, wurden viele Leute in den 60ern und 70ern Parteimitglied, oder weil ein Parteibuch in der beruflichen Laufbahn half. Zwar gibt es wenig empirische Forschung, wie sich die Motive zum Parteibeitritt verändert haben, aber zumindest eine deutsche Studie sieht die aktuellen Parteimitglieder als durchaus aktiver als vor 10 Jahren, und der individuelle Nutzen ist als Beitrittsgrund relativ unwichtig.²⁷ Parteien trauern den ausscheidenden und aussterbenden Mitgliedern mehr aufgrund der verlorenen Mitgliedsbeiträge als dem ausgedünnten Parteileben wegen nach. Doch das hängt zusammen: Inaktive Mitglieder treten eher aus Parteien aus als aktive. Wenn Parteien ihre Mitglieder nicht als ProtagonistInnen ihrer Arbeit sehen und sie nicht zur Mitarbeit motivieren, treten sie aus. Wenn Mitglieder Parteien nicht als gestaltbare Organisationen wahrnehmen und eher aus historischen oder pragmatischen Gründen ihr Parteibuch haben, treten

²⁷ Tim Spier, „Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?“, in *Parteimitglieder in Deutschland*, Tim Spier et.al. (Hrsg.), 97-119.

sie auch aus. Parteien (in homöopathischen Dosen auch die österreichischen!) haben in den letzten zwanzig Jahren versucht, durch partizipatorische Innovationen den Mitgliedern mehr Einflussmöglichkeiten zu geben – in vielen Parteien werden Parteivorsitzende und SpitzenkandidatInnen direkt(er) gewählt, immer wieder wurden Versuche gestartet, die Wahllistenerstellung offener zu gestalten. Besonders beeindruckt hat das die Bevölkerung aber nicht, dem Mitgliederschwund haben diese Versuche jedenfalls keinen Einhalt geboten. Der Verdacht kommt auf, dass innerparteiliche Mitbestimmungsmöglichkeiten zwar aus der Perspektive demokratischer Ideale wichtig sind, aber nicht automatisch als Mitglieds-Magneten wirken.

Die CDU in Deutschland verabschiedete zum Beispiel auf ihrem Parteitag 2003 einen Beschluss mit dem Titel „Bürgerpartei CDU. Reformprojekt für eine lebendige Volkspartei“,²⁸ der etliche Maßnahmen vorsah, um die Mitgliedschaft attraktiver zu machen: Stärkere Mitgliederrechte sollten in den lokalen Satzungen verankert, Mitgliederbefragungen bei Sachfragen möglich, und neue Mitglieder besser in die Parteiarbeit integriert werden. Die Mitgliederzahlen sinken trotzdem kontinuierlich weiter. Um die Mitglieder- und AktivistInnenbasis in einer Partei besser aufzustellen, sind neben offenen Strukturen immer noch engagierte Parteileute die Grundvoraussetzung. Sie müssen als lebendige Beispiele für leidenschaftliche und integre Politiker und Politikerinnen nach außen treten und Leute fragen, ob sie Lust haben, mitzumachen. Das ist ein harter Job, der aber zum täglichen Brot der Parteiarbeit dazu gehört.

Politische Parteien haben schon viele gesellschaftliche Veränderungen überlebt. Sie werden auch die aktuelle Diskussion über ihr systematisches Scheitern übertauchen. Denn sie haben organisationale Potenziale, die in der politischen Arena unschlagbar sind: überzeugende Wertesysteme, langfristige Perspektiven, umfassende Programme, Erfahrung und Hartnäckigkeit. Diese Potenziale sind aktuell schwach realisiert und von anderen Interessen überlagert, aber sie machen den Wert politischer Parteien in der Demokratie aus. Die „Zivilgesellschaft“ wäre keine bessere Repräsentantin der Bürger und Bürgerinnen, denn Pluralismus alleine ist noch kein politisches Programm. Ohne Parteien ist Demokratie nicht „echter“ oder ehrlicher, im Gegenteil, hier würde etwas fehlen: Die Möglichkeit, langfristig Politik zu machen und den WählerInnen Rechenschaft leisten zu können. Darum sollten Parteien ihr Innenleben schleunigst revitalisieren und ihr politisches Potenzial besser mobilisieren, denn keine andere gesellschaftliche Institution wird in naher Zukunft ihren Job übernehmen. Parteien regulieren politische Prozesse – verschwinden sie, erblüht nicht die pluralistische Zukunft in schillernden Farben, sondern zieht das Faustrecht ein.

²⁸ http://www.mitglied-werden.cdu.de/doc/03_12_02_Beschluss_PT_Buergerpartei.pdf